

Bildungsgarantie bis zum 18./19. Lebensjahr. Entwicklungen und Perspektiven in der Berufsbildung

A

Arthur Schneeberger

1 Problemanalyse

Die Bundesregierung hat Anfang 2007 eine „Bildungsgarantie bis 18 Jahre“ verkündet, die Sozialpartner haben dieses Versprechen durch eine „Ausbildungsgarantie“ ergänzt. Seit 1998 werden Jugendliche mit Schwierigkeiten am Lehrstellenmarkt im „Auffangnetz“, das jährlich erneuert und weiterentwickelt wurde, aufgenommen. Im Regierungsprogramm 2007 wurden auch die berufsbildenden Schulen in diesem Zusammenhang thematisiert (Regierungsprogramm 2007: 88–89). Im Regierungsprogramm 2008 wird die Fortsetzung der Maßnahmen zur Ausbildungsgarantie angekündigt (Regierungsprogramm 2008: 25, 158, 195–196). Welche Problemlagen stecken hinter diesem Versprechen?

Bildungsgarantie bis 18 Jahre als Versprechen

Die politische Herausforderung der „Bildungsgarantie bis 18 Jahre“ ist Resultat einer langfristigen gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Nie zuvor ist ein so hoher Anteil der Jugendlichen in Österreich in eine weiterführende Ausbildung eingetreten wie im letzten Jahrzehnt, trotzdem ist das Problem mangelnder Ausbildungsplatzversorgung seit mehr als einem Jahrzehnt virulent. Entfielen bei der Volkszählung 1991 noch 16% der 17-Jährigen auf den Status „weder Schüler noch Lehrling“, waren es 2001 nur noch 10% (Schneeberger 2007: 94). Auch bei den Abschlüssen auf dieser Bildungsstufe gab es positive Entwicklungen. So hat sich im Vergleich der Volkszählungen 1971 bis 2001 der Anteil der 20- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung ohne Ausbildungsabschluss kontinuierlich von 41 auf 17% reduziert. Der Anteil der Personen ohne Ausbildungsabschluss ist bei den männlichen und den weiblichen Jugendlichen zurückgegangen. Der Anteil der 20- bis 24-jährigen Männer ohne Ausbildung belief sich 1971 auf rund 32%, bei den gleichaltrigen Frauen auf 49% (ÖSTAT 1974: 8). Die Verteilung nach Bildungswegen 2001 zeigt, dass die Mädchen mit Abstand häufiger schulische Ausbildungen absolvieren (vgl. auch Schneeberger 2005).

Jahr	Pflichtschule absolviert	Lehre abgeschlossen	Fachschulabschluss (BMS)	AHS	BHS	Hochschule, Akademie	Gesamt (absolut)
1971	41	37	9	9	4	1	528.888
2001	17	37	11	17	16	2	472.777
2001							
Weiblich	19	26	16	19	18	3	232.606
Männlich	16	47	7	15	14	1	240.171

Tab. 1: 20- bis 24-jährige Wohnbevölkerung nach formaler Bildung (Angaben in %)

Quelle: Statistik Austria, Volkszählungen, Bevölkerungsvorausschätzung

Mittlerweile hat sich vor allem infolge der anhaltenden Probleme am Lehrstellenmarkt einiges verändert. Bereits die Volkszählung 2001 zeigt bei Aufgliederung nach Staatsangehörig-

Gleichzeitigkeit von hoher Ausbildungsbeteiligung und Inklusionsproblemen

„Lehrstellenlücke“ seit
1996 als Auslöser der
„Bildungsgarantie“

keit, dass ein gravierendes bildungsbezogenes Integrationsproblem vorliegt. Fast jede/r zweite 20- bis 24-Jährige ohne österreichische Staatsbürgerschaft hatte nur die Schulpflicht absolviert, unter den gleichaltrigen Österreicher/innen waren es hingegen nur noch 13,5% (vgl. Schneeberger 2005: 45).

1996 ist in der österreichischen Öffentlichkeit erstmalig der Mangel an Lehrstellen dargestellt worden. Seither wurde alljährlich ein „Auffangnetz“ mit AMS-Mitteln geknüpft, es wurden aber auch Neuerungen in der Lehrlingsausbildung eingeführt, um das Angebot an Lehrstellen zu erhöhen. Das „Auffangnetz“ in Form von Lehrgängen sollte einerseits Wartezeiten bis zum Finden einer Lehrstelle überbrücken oder Pflichtschulbildung nachholen und in geringerem Umfang auch Ausbildung bis zum Abschluss bieten. Mangels einfacher und alle relevanten Akteure/Akteurinnen überzeugender Lösungsvorschläge war die Lehrstellenpolitik weniger von ordnungspolitischen Argumenten als von Appellen an die Wirtschaft und provisorischen Lösungsansätzen gekennzeichnet. Das Problem wurde weniger als strukturelles, denn als demografisch oder durch schwache Vorbildung bedingtes definiert. Die Vorstellungen zur Problembewältigung reichten von der Verbesserung der Vorbildung bis zu Lehrstellenförderungen nach bestimmten Kriterien, zusätzlichen außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen oder einem Ausbildungsfonds. Neben den Maßnahmen zur Schließung der Lehrstellenlücke gab es immer wieder Forderungen nach mehr Schulplätzen in BMS und BHS oder auch nach der Einführung eines neuen – besonders praxisnahen – Fachschultyps.

Gesellschaftlicher und
wirtschaftlicher Wandel
als Hintergrund

Die gesellschaftliche Erwartung allgemeiner Einbeziehung weiterführender Bildung und Ausbildung ist *ein Novum* im Vergleich zu den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als 40% der Jugendlichen ohne weitere Ausbildung blieben (siehe obige Tabelle). Trotz der Relevanz von Faktoren, die mit Strukturwandel, Arbeitsmarkt und Migration zu tun haben, ist das Problem ohne langfristigen gesellschaftlichen Wandel nicht zu erklären. Die struktur-funktionale Soziologie hat diese Prozesse als Muster gesellschaftlicher Modernisierung herausgearbeitet (vgl. Parsons 1971/1996: 40–42 und 120–122). Nicht nur Strukturwandel und Informatisierung, sondern auch weitreichend veränderte Erwartungen *gesellschaftlicher Inklusion* haben zur veränderten Situation im Übergang in Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit nach Absolvierung der 9-jährigen Schulpflicht beigetragen (vgl. Schneeberger 2002: 73–75). Einerseits sind die Arbeitsplätze für Ungelernte im primären und sekundären Sektor zurückgegangen, andererseits erfordern auch einfache Dienstleistungsjobs ein ansprechendes Erscheinungsbild, Deutschkenntnisse, Leistungsbereitschaft, Fachkompetenzen, Berufserfahrung und nicht selten auch eine (oft auch fachfremde) Ausbildung (Weinkopf 2007: 28–29). Das Mindestlevel für den Einstieg in Ausbildung oder Erwerbstätigkeit in der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft ist jedenfalls angestiegen.

Frühe Benachteiligungen
der Bildungsintegration

Die Zuwanderung hat die bildungsbezogene Heterogenität der Wohnbevölkerung erhöht. Der Anteil der Erwachsenen ohne Ausbildung liegt bei Zuwanderern/Zuwanderinnen von außerhalb der EU-Länder (je nach Herkunft) bei 40 bis 70% (Statistik Austria 2007a: 30), was weitreichende Auswirkungen auf die schulischen Chancen ihrer Kinder hat. Hierbei ist nicht die Staatsbürgerschaft, sondern die Frage, ob die Unterrichtssprache zuhause gesprochen wird, der relevante Faktor der schulischen Laufbahn. Die Probleme haben aber ihre Wurzeln bereits früh zu Beginn der Schullaufbahn oder noch früher. Die Differenzen in der Grundbildung, wie insbesondere dem Lesen, zeichnen sich schon deutlich am Ende der Grundschule ab (Suchaň et al. 2007: 36–37). Am Übergang nach Absolvierung der 9-jährigen Schulpflicht wird die Problematik sichtbar, insbesondere an den Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden. So fanden sich unter den Jugendlichen im Wiener Auffangnetz nach der Evaluationsstudie von 2006 rund zwei Drittel Jugendliche mit Migrationshintergrund (Heckl et al. 2006: 1). Auch im weiterführenden Schulsystem sind relativ hohe Ausstiegsquoten nach der ersten Klasse und später – generell und insbesondere bei Migrationshintergrund – verbreitet (vgl. Steiner 2005: 34–38). Es stellen sich daher Fragen nach besserer Vorbereitung, Laufbahnberatung und begleitender Förderung sowohl bezüglich der schulischen Ausbildung als auch des Lehrlingsystems.

Unsicherheit und
Zeitgewinn

Das Versprechen der „Bildungsgarantie bis 18 Jahre“ durch die Bundesregierung ist Signal an die Bevölkerung (Eltern und Jugendliche), mit Nachdruck etwas gegen den Lehrstellenmangel zu tun. Es soll Verunsicherung absorbieren, ist aber zugleich auch Ausdruck von

Unsicherheit darüber, was die Ursachen des Problems sind, welche Maßnahmen als effizient betrachtet werden können und ob Strukturveränderungen erforderlich sind. Das Konzept der Bildungsgarantie bietet Zeitgewinn.

2 Situationsanalyse

Die Lehrstellenlücke (weniger offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende im Herbst des jeweiligen Jahres) ist von rund 4.600 (2003) auf rund 2.200 (2007) zurückgegangen. Ein Überhang an offenen Lehrstellen, wie es ihn früher gab, ist aber außer Sichtweite (siehe Tabelle 7). Die leichte Entspannung der Situation am Lehrstellenmarkt ist Folge vielfältiger Maßnahmen der Förderung betrieblicher Lehrstellen und zusätzlicher Ausbildungsangebote. So wurde im Ausbildungsjahrgang 2006/07 nicht nur ein Höchststand an beschulten Jugendlichen in der 10. Schulstufe seit dem Anfang der 90er Jahre verzeichnet (Tabelle 4), sondern auch die Zahl der Jugendlichen in AMS-geförderten Ausbildungseinrichtungen erreichte mit rund 11.200 ihren Höchststand, das stellt fast eine Verdreifachung gegenüber dem Zeitpunkt ihrer Einführung 1998/1999 (Tabelle 8) dar.

Kennzeichnend für die öffentliche Situationsanalyse ist die Herleitung der Übergangsprobleme nach Absolvierung der Schulpflicht von *mehreren Faktoren*, die je nach Standort etwas unterschiedlich akzentuiert werden. So werden neben den Vorbildungsmängeln demografische Veränderungen und institutionelle Rahmenbedingungen der Lehrlingsausbildung, aber auch konjunkturelle Faktoren oder der Strukturwandel als ursächliche Faktoren für die Probleme am Lehrstellenmarkt genannt. Die Kausalattribution für die Probleme am Lehrstellenmarkt an zu schwache Eingangsqualifikationen der Lehrstellensuchenden bzw. an mangelhafte Beschulung im vorgelagerten Schulsystem hat bereits Tradition („Hauptschullehrer/innen/schelte“). Diese Argumentation hat durch PISA-Befunde zu Grundkompetenzen, wie Lesen und Mathematik, neue Impulse und Belege erhalten (vgl. z. B. Wolter 2007: 86–87).

Im Regierungsprogramm vom Anfang 2007 wurden entsprechend breit angelegte Maßnahmen als zielführend genannt: von verbesserter Frühförderung bis zum „Ausbau der Angebote im Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen“ und zur „Ausweitung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten, welche durch zielgruppenadäquate Schulangebote ergänzt werden sollen“ (Regierungsprogramm 2007: 85–88). Die Sozialpartner forderten zur „Umsetzung der Ausbildungsgarantie“ im Positionspapier „Arbeitsmarkt – Zukunft 2010“ mehr selbstständige Ausbildungseinrichtungen, Implacementstiftungen (mit dem Ziel eines außerordentlichen Lehrabschlusses) und Facharbeiterintensivausbildung (Sozialpartner 2007b: 8). Die Sozialpartner „gehen aus demografischen Gründen“ von einem weiterhin steigenden Bedarf nach Plätzen in Maßnahmen bis 2009/10 aus (Sozialpartner 2007b: 7). Im Weiteren werden Maßnahmen zur besseren Berufsorientierung und zur *Qualifikation der Lehrstellensuchenden* „durch geeignete Reformmaßnahmen im Bereich der vorschulischen Erziehung und der Pflichtschule“ gefordert (Sozialpartner 2007b: 11). Ende Juni 2008 wurden weitreichende gesetzliche Veränderungen zur Qualitätssicherung und Lehrstellenförderung in Betrieben und zur Finanzierung von Ausbildungseinrichtungen beschlossen; auch für wissenschaftliche Beobachtung und Evaluation wurden Verbesserungen gesetzlich fixiert (BGBl I 2008: 1–20).

2006/07 Höchststand an beschulten Jugendlichen seit Anfang der 90er Jahre

Schulduzuweisung an vorgelagerte Bildungsbereiche

Förderungen entlang der schulischen Laufbahn und quer über Bildungswege

Demografische Gründe und mangelnde Eingangsqualifikationen

3 Forschungsfragen

Relevante Forschungsfragen betreffen insbesondere die Rolle der 9. Schulstufe und der Eingangsqualifikationen, den Verlauf der Bildungswege nach der Pflichtschule sowie die Leistungen des „Auffangnetzes“ für Jugendliche ohne Lehrstelle und der Lehrstellenförderung als Maßnahmen der Bildungsgarantie bis 18 Jahre.

Solange es genug Lehrstellen gab, war der BMHS-Ausstieg kaum ein Thema

3.1 Rolle der 9. Schulstufe

Im Schuljahr 2001/02 befanden sich rund 96.200 Jugendliche in der 9. Schulstufe (üblicherweise das letzte Jahr der Schulpflicht). Hiervon waren 56% in einer höheren Schule, 22% in einer mittleren Schule und 20,5% in der Polytechnischen Schule (PTS) (Statistik Austria 2002: 206–207). Der Wechsel nach dem ersten Jahrgang einer BMHS – also nach Vollen- dung der 9-jährigen Schulpflicht – in eine andere Ausbildung ist seit langem bekannt (siehe zum Beispiel: Hofstätter/Hruda 1997: 41). Solange es genug Lehrstellen für den „Umstieg“ gab, war dies kein Thema der Bildungsdiskussion und kein Auslöser einer „Bildungsgaran- tie“. Erst mit dem Auftreten der Lehrstellenlücke wird mitunter ein Mangel an Schulplätzen in BMHS mit den Problemen am Lehrstellenmarkt in Zusammenhang gebracht. Diese Ar- gumentation bleibt aber in der Regel bei Andeutungen.

Schulart	9. Schulstufe 2001/02	10. Schulstufe 2002/03	Differenz	Wandel in %
Sonderschulen	1.167	-	-	-
Polytechnische Schule	19.750	-	-	-
Berufsbildende Pflichtschulen (Berufsschulen)	-	40.123	40.123	-
Berufsbildende mittlere Schulen	21.264	14.733	-6.531	-31
Berufsbildende höhere Schulen i. w. S. (1)	32.226	27.290	-4.936	-15
AHS	21.194	18.885	-2.309	-11
Gesamt	96.213	101.282	5.069	5

Tab. 2: Vergleich der Schüler/innen/zahl in der 9. und 10. Schulstufe

(1) Inklusive postsekundäre Formen sowie Kindergartenpädagogik

Quelle: Statistik Österreich, BMUKK; eigene Berechnungen

Individuelle Schullaufbahn- daten werden mehr Klarheit bringen

Faktum ist, dass die relativen Verluste im Schüler/innen/stand¹ der mittleren Schulen zwi- schen der 9. und der 10. Schulstufe größer als bei den berufsbildenden höheren Schulen sind, nämlich 31% gegenüber 15% (Tabelle 2). In manchen BMS betragen die Schüler/innen/- standsverluste nahezu 50%. Da diese Schulen als mittlere Schulen im Lehrplan geringere schulische Leistungsanforderungen als höhere Schulen vorsehen, ist weniger Überforderung der Grund des Wechsels in eine duale Ausbildung als vielmehr Präferenzen für höhere Pra- xisanteile und Ausbildungsvergütung. Individuelle Verlaufsdaten zu Schullaufbahnen, die in Zukunft vorliegen sollen, könnten dies allerdings besser dokumentieren. Da es diese bisher nicht gibt, müssen wir uns mit Bestandsdaten behelfen.

9. Schulstufe mit unterschiedlichen Funktionen

Die PTS wurde nach der Verlängerung der Schulpflicht von 8 auf 9 Jahre im Jahr 1962 als „Brücke“ von der Sekundarstufe I in die Lehrlingsausbildung eingerichtet und hat seit- her einige Reformen erfahren. Da rund 26 bis 28% der fast 40.000 Lehrlingsauszubildenden als Vorbildung den Besuch einer mittleren oder höheren Schule aufweisen, handelt es sich bei den Abgänger/inne/n aus den Schulen nach der 9. Schulstufe nicht einfach um „frühe Bildungsdropouts“, sondern vor allem um die Auswirkung einer besonderen institutionellen Struktur in Österreich. Der Umstand, dass die Lehrlingsausbildung erst ein Jahr nach Ende der Sekundarstufe I beginnt, sowie die Bemühung, in der 9. Schulstufe möglichst vielen Jugendlichen die Chance des mittleren und höheren Schulbesuchs zu eröffnen, sind hier von Einfluss.

¹ Der Aspekt der schulischen „Misserfolgsquoten“ wird in diesem Band im Beitrag von *Mario Steiner* näher un- tersucht.

Im Vorjahr besuchte Schule	1999/00	2000/01	2001/02
Polytechnische Schule (PTS)	17.576	16.884	16.272
Hauptschule abgeschlossen	7.938	7.960	7.436
Berufsbildende mittlere Schule (BMS) (1)	5.541	4.772	4.888
Berufsbildende höhere Schule (BHS) <u>nicht</u> abgeschlossen	3.889	3.758	4.008
Allgemeinbildende höhere Schule (AHS) <u>nicht</u> abgeschlossen	2.153	2.081	1.916
Berufsschule – anderer Lehrberuf	1.021	988	1.052
Berufsschule – gleicher Lehrberuf – gleiche Schulstufe	603	912	871
Berufsschule – gleicher Lehrberuf – niedrigere Schulstufe	0	0	624
Hauptschule nicht abgeschlossen	506	487	409
AHS/BHS abgeschlossen	274	353	390
Sonderschule abgeschlossen	315	330	279
Sonderschule nicht abgeschlossen	86	61	58
Sonstige Vorbildung	1.685	1.841	1.627
Gesamt	41.587	40.427	39.830
Anteil: Besuch von BMS, BHS, AHS in %	28	26	27

Tab. 3: Vorbildung der Berufsschüler/innen (Lehrlinge) in der 1. Klasse (10. Schulstufe)

(1) Anhand der verfügbaren Daten ist nicht zu klären, ob die BMS nur besucht oder auch abgeschlossen wurde.

Quelle: Statistik Austria, Schulstatistik, diverse Jahrgänge

3.2 Bildungswege nach der Pflichtschule und früher Bildungsabbruch

1983/84 gab es in Österreich noch fast 120.000 beschulte Jugendliche in der 10. Schulstufe, davon fast die Hälfte im dualen Ausbildungssystem von Lehrbetrieb und Berufsschule. Ende der 90er Jahre waren es nur noch rund 104.000, davon 41% im dualen Ausbildungssystem. Der Anteil des dualen Systems lag 2006/07, im letzten statistisch erfassten Jahrgang, unter 40%, hat sich aber gegenüber 2005/06 relativ und absolut erhöht. Die von der *Berufsinformations- und Qualifikationsforschung* (BIQ) des AMS viele Jahre publizierte und in der Öffentlichkeit viel beachtete Quote „der Jugendlichen ohne Berufsbildung“ (Hofstätter/Hruda 1996: 39) kann heute nicht mehr sinnvoll berechnet werden, da in der 10. Schulstufe viel mehr Jugendliche verzeichnet werden als es bei alterstypischem Schulbesuch geben sollte. Das bedeutet, dass die Bevölkerungszahl im Alter von 15/16 Jahren geringer ist als die Zahl der beschulten Jugendlichen in der 10. Schulstufe. Dies hat insbesondere mit Mehrfachanfängen und Klassenwiederholungen im ersten Jahr des nachobligatorischen Schulbesuchs zu tun.

Die 10. Schulstufe betrifft Lehrlinge/Berufsschüler/innen im ersten Lehrjahr, BMS-Schüler/innen der 2. Klasse, BHS-Schüler/innen des 2. Jahrganges und AHS-Schüler/innen der 6. Klasse. Das Such- und Probierverhalten in der 9. Schulstufe sollte in dieser Schulstufe größtenteils abgeschlossen sein. Auffällig ist das Wachstum der Gesamtzahl der beschulten Jugendlichen von rund 95.000 auf fast 110.000 von 1992/93 auf 2006/07. Auffällig ist auch der Rückgang des Anteils der Berufsschüler/innen (Lehrlinge) bei gleichzeitigem Wachstum des Anteils der Jugendlichen in schulischen Bildungsgängen. Die Schulexpansion in der 10. Schulstufe betrifft ausschließlich die höheren Schulen, insbesondere die BHS. Die vorzeitigen Aus- oder Umstiegsquoten vom ersten Jahr des nachobligatorischen Schulbesuchs (10. Schulstufe) bis zum letzten Schuljahr (Jahrgang 2002/03) liegen, wie man anhand von Schüler/innen/zahlen nach Schulstufen (Steiner, 2005: 74) schätzen kann, bei 25% oder etwas mehr.

Den höchsten Anteil unter den Abschlüssen weisen wie in der 10. Schulstufe die Lehrlingsausbildung und die BHS (i.w.S.) auf. Beide enthalten allerdings auch die Abschlüsse über den zweiten Bildungsweg. Die Maturant/inn/enzahl in der BHS ist von 3.510 (1960) auf

10. Schulstufe: mehr beschulte Jugendliche als demografisch erwartbar

Expansion schulischer Bildung von AHS und BHS getragen

22.903 im Jahr 2005 angestiegen, wobei steigende Bildungsbeteiligung ausschlaggebend war und nicht die Demografie. Im gleichen Zeitraum ist die AHS-Matulant/inn/enzahl nur von 7.322 auf 15.801 angestiegen (Statistik Austria 2008a: 50). Auch die Betrachtung der Abschlüsse zeigt, dass die steigende Inklusion in höhere Schulbildung seit den 60-er Jahren zu einem hohen Anteil von der BHS getragen war. In Summe übersteigen im letzten statistisch dokumentierten Jahrgang die schulischen Berufsbildungsabschlüsse die Lehrabschlüsse (44.226 gegenüber 21.269).

Schulart	1983/84	1992/93	1998/99	2002/03	2005/06	2006/07
Berufsbildende Pflichtschulen (Berufsschulen)	49,0	45,9	41,2	39,6	38,3	39,9
Berufsbildende mittlere Schulen (1)	17,0	14,8	14,6	14,5	14,5	13,7
Kaufmännische mittlere Schulen	5,9	4,2	4,3	4,3	3,7	3,5
Land- und forstw. mittlere Schulen	2,8	2,6	2,7	3,0	3,2	3,2
Technische, gewerbliche und kunstgewerbliche mittlere Schulen (2)	3,5	3,4	3,4	3,3	3,1	2,9
Wirtschaftsberufliche mittlere Schulen	3,0	2,6	3,2	2,6	2,6	2,4
Sonstige berufsbildende (Statut)Schulen	0,0	0,1	0,0	0,0	1,4	1,3
Sozialberufliche mittlere Schulen	1,8	1,8	1,0	1,4	0,5	0,4
Berufsbildende höhere Schulen i. w. Sinne (3)	16,6	21,6	24,7	26,9	26,4	25,5
Technische, gewerbliche und kunstgewerbliche höhere Schulen (4)	6,7	8,8	9,7	10,4	10,3	10,2
Kaufmännische höhere Schulen	6,7	7,4	8,3	9,3	8,4	7,9
Wirtschaftsberufliche höhere Schulen	2,5	3,2	4,4	5,0	5,4	5,3
Bildungsanstalten für Kindergarten- und Sozialpädagogik	0,0	1,4	1,7	1,6	1,7	1,5
Land- und forstw. höhere Schulen	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Allgemeinbildende höhere Schule (5)	17,3	17,7	19,5	18,9	20,8	20,9
Gesamt (gerundet)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
In Absolutzahlen	119.569	95.365	103.974	101.282	104.605	109.555

Tab. 4: Verteilung der Schüler/innen in der 10. Schulstufe nach Schularten im langfristigen Zeitvergleich, in %

- (1) Inklusive sonstige berufsbildende (Statut)Schulen
 (2) Inklusive Fachschulen für Bekleidung, Fremdenverkehr und Kunstgewerbe
 (3) Inklusive postsekundäre Formen sowie Kindergartenpädagogik
 (4) Inklusive höhere Lehranstalten für Bekleidung, Fremdenverkehr und Kunstgewerbe
 (5) Inklusive sonstige allgemeinbildende (Statut)Schulen

Quelle: Statistik Österreich, BMUKK; eigene Berechnungen

Schullaufbahnwechsel bedeutet nicht per se „früher Bildungsabbruch“

Im Zusammenhang mit der Lehrstellenlücke und dem Folgethema der „Bildungsgarantie bis 18 Jahre“ sind die Aus- und Umstiegsquoten der weiterführenden Schulen zum Thema der Bildungsforschung geworden (vgl. Steiner/Wagner 2007). In Summe ist die Zahl der Matulant/inn/en in AHS und BHS in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. Eine Deutung der Schüler/innen/verluste nach dem ersten Jahr oder später als „Dropout-Rate“ wird dem österreichischen Ausbildungssystem nicht gerecht, da die Jugendlichen in der Regel nach dem

Ausstieg aus einer BHS oder AHS nicht aus dem Ausbildungssystem hinausfallen, sondern in Lehre, Fachschule oder eine andere Schule einsteigen. Richtig ist, dass hier Defizite in der Datenlage vorliegen. Der Wechsel von Ausbildungsformen kann statistisch „nicht valide nachvollzogen werden, da derzeit noch keine Bildungsverlaufsstatistik, sondern nur eine Bestandsstatistik zur Verfügung steht“ (Steiner/Wagner 2007: 3).

Schulart	1992	1996	2000	2005
Lehrlingsausbildung	47.191	41.243	40.944	42.269
Berufsbildende mittlere Schulen	8.419	13.900	8.047	12.193
Sonstige berufsbildende Statutschulen	*	*	*	2.731
Schulen des Gesundheitswesens	**	**	6.221	6.399
Berufsbildende höhere Schulen im weiteren Sinne (1)	17.185	18.115	20.390	22.903
Allgemeinbildende höhere Schule	13.673	14.124	17.197	15.801

Tab. 5: Abschlüsse in mittleren und höheren Schulen und in der Lehrlingsausbildung, 2005

* In berufsbildenden mittleren Schulen inkludiert ** Keine Daten verfügbar

(1) Inklusive postsekundäre Formen sowie Kindergartenpädagogik

Quelle: Statistik Österreich; BMUK; WKÖ

3.3 Mangelnde Grundkompetenzen und Bildungsgarantie

Es ist offensichtlich, dass die Übergangsprobleme nach Absolvierung der Schulpflicht wesentlich auch mit schwachen Grundbildungskompetenzen zusammenhängen. Darum richten sich Bildungsreformbemühungen auch besonders auf Frühförderung sowie Volksschule und Sekundarstufe I. Da Bildungserwerb ein lebenszyklisch angelegter Vorgang ist, bewirken zusätzliche Investitionen und Förderungen, je früher sie erfolgen, desto mehr (Commission 2006a: 14).

Die PISA-Tests erfassen beschulte Jugendliche in der 9. oder 10. Schulstufe, rund 6% blieben außerhalb der Testpopulation. Man kann die Lesekompetenz als grundlegende Kompetenz bezüglich der Bewältigung weiterführender Schulbildung qualifizieren. Nachfolgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Schulleistungstests 2000 und 2003 zur Lesekompetenz (Haider/Reiter 2004: 180). Die Vorbildung in den Bildungswegen nach der Pflichtschule unterscheidet sich deutlich in der Lesekompetenz – trotz interner Heterogenität der Schultypen. Die BHS ist der AHS in Bezug auf die Grundbildungskompetenz der Schüler/innen näher als den beruflichen Ausbildungen. 10 bis 18% der in höheren Schulen beschulten Jugendlichen blieben unter Level 3 und weisen damit mit Abstand schwächere Voraussetzungen als ihre Mitschüler/innen auf. Ohne Verbesserung in der Grundbildung erscheint das Erreichen der schultypenspezifischen Lernziele in Frage gestellt.

In den beruflichen Bildungsgängen (BMS oder Lehre) weisen 15 bis 39% der Jugendlichen schwache Lesekompetenzen auf. Hier wird häufig Unterstützung beim Nachholen der Grundbildung erforderlich sein, um die Ausbildungsziele zu erreichen. Dies bestätigen die Erfahrungen mit den Jugendlichen in den Maßnahmen im Auffangnetz. Die schwache Grundbildung bei rund 40 bis 50% der 15- bis 16-Jährigen, die in der Pflichtschule (Hauptschule, PTS) sind, verweist auf Probleme am Lehrstellenmarkt und den Umstand, dass in Maßnahmen der Bildungs- oder Ausbildungsgarantie Nachholen von Pflichtschulbildung und berufliche Ausbildung Hand in Hand gehen müssen, um erfolgreich sein zu können. Bezüglich der Bildungsgarantie bis 18 ist – den PISA-Befunden folgend – die größte Herausforderung in den BMS, in der Lehrlingsausbildung und bei jenen zu sehen, die noch in der Pflichtschule sind und erst am Lehrstellenmarkt auftreten werden. AHS und BHS sind nahe beieinander, aber auch in diesen Schultypen gibt es erhebliche Heterogenität in der Lesekompetenz.

Deutliche
bildungswegsspezifische
Kompetenzunterschiede

Grundbildungsmängel
evident

A

Schultyp	„Proficiency Levels“						< 3 (<2)
	5	4	3	2	1	<1	
2000							
AHS	18	39	31	10	2	0	12 (2)
BHS	12	36	36	14	2	0	16 (2)
BMS	2	13	35	35	13	2	50 (15)
Berufsschule	0	7	24	39	23	7	69 (30)
Pflichtschule	0	4	17	37	28	14	79 (42)
Gesamt	9	25	30	22	10	4	36 (14)
2003							
AHS	23	39	27	8	2	0	10 (2)
BHS	11	34	37	15	3	0	18 (3)
BMS	0	9	33	37	17	4	58 (21)
Berufsschule	0	5	21	35	26	13	74 (39)
Pflichtschule	0	2	11	33	34	20	87 (54)
Gesamt	8	21	27	23	13	7	43 (20)

Tab. 6: Verteilung der 15-/16-jährigen Schüler/innen nach Levels der Lesekompetenz in Österreich, in % (Zeile)

Quelle: PISA, Nationale Berichte

Förderungen: je früher, desto wirksamer

Die ersten Ergebnisse der Progress in International Reading Literacy Study (PIRLS) zeigen, dass wir bereits am Ende der Volksschule damit rechnen müssen, dass 16% der erfassten Kinder über nur sehr schwache Lesekompetenzen verfügen. Sie zeigen aber auch, dass die Lesekompetenz zu Ende der Volksschulzeit deutlich schwächer ist, wenn die Unterrichtssprache in der Familie nicht gebraucht wird (Suchaň et al. 2007: 17 und 34–36). Da aber viele Jugendliche über den Familiennachzug erst relativ spät ins österreichische Schulsystem einsteigen, wird man auch zu Beginn der Sekundarstufe II spezielle Förderprogramme brauchen. Die Thematik ist für den städtischen Bereich von deutlich höherer Relevanz. PISA-Ergebnisse zeigen, dass Migrant/inn/en nicht erst im Ausbildungssystem, sondern bereits in der Volksschule und der Pflichtschule benachteiligt werden (Schreiner 2007: 58–59). Die PIRLS und PISA-Befunde sind für die Thematik der Bildungsgarantie wichtig, da sie für das Geschehen am Lehrstellenmarkt und die Erfolgchancen in den weiterführenden Schulen relevante Information bieten.

3.4 Ursachen des Lehrstellenmangels

Lehrstellenmangel hat es auch in der Vergangenheit gegeben – so zum Beispiel Anfang der 80er Jahre. Der Lehrstellenmarkt ist aber wieder in Richtung Bewerber/innen/mangel gekippt, zudem war die Vorstellung einer allgemeinen Ausbildungseinbeziehung noch nicht so stark verbreitet wie gegenwärtig.

Der Mangel an Lehrstellen seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat sich als dauerhaft erwiesen. Die Zahl der Lehrstellensuchenden betrug Ende September 2007 – zu einem Zeitpunkt, zu dem das Ausbildungsjahr bereits begonnen hat – noch fast 7.000 Jugendliche. Dies obgleich über 11.000 erfolglos Suchende in AMS-Maßnahmen untergebracht waren und über 38.000 Lehrverhältnisse geförderte Lehrstellen waren.

BMS als quantitativ wichtige Integrationsschiene

Die Probleme auf dem Lehrstellenmarkt können bei langfristiger Betrachtung nicht auf die Stärke des Schulentlassjahrgangs zurückgeführt werden (Tabelle 7). So waren früher stärkere Altersjahrgänge der 15-Jährigen zu verzeichnen. Der demografische Faktor zeigt sich in den Schwierigkeiten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in betriebliche Lehrstellen zu gelangen. So wiesen von den Jugendlichen in JASG-Lehrgängen in Wien 2002–2005 zwei Drittel einen Migrationshintergrund auf (Heckl et al. 2006:1). Die duale Ausbildung scheint

zudem bislang weniger absorptionsfähig bezüglich der Jugendlichen mit Migrationshintergrund als die berufsbildenden mittleren Schulen (BMS); dies könnte aber auch mit anderen Präferenzen zu tun haben. So hatten – laut Statistik des Bildungsministeriums – im Schuljahr 2005/06 in den Bundesländern ohne Wien nur 4% der Berufsschüler/innen nicht Deutsch als Erstsprache, während es in der BMS 10% waren. Auch in Wien, das vor besondere Integrationsaufgaben gestellt ist, war das auf höherem Niveau nicht anders: Für rund 22% der in der Berufsschule beschulten Jugendlichen und rund 40% der in BMS beschulten Jugendlichen weist die amtliche Statistik als Erstsprache nicht Deutsch aus (BMBWK 2006: 31–33). Im Schuljahr 2006/07 sind die Anteile der beschulten Jugendlichen mit nichtdeutscher Erstsprache in Wien allerdings in allen Schultypen gestiegen und dabei in den Berufsschulen von 22 auf 28% der Schüler/innen (Statistik Austria 2008a: 140).

Jahr	Offene Lehrstellen, Ende September	Lehrstellen-suchende, Ende September	„Lehrstellen-lücke“	15-jährige Wohnbevölkerung	Unselbstständig Beschäftigte (1)	Arbeitskräfte-potenzial	Arbeits-losen-quote (2)
1982	3.004	5.787	2.783	127.342	2.766.350	2.871.696	3,7
1983	1.977	7.168	5.191	126.219	2.734.729	2.862.105	4,5
1984	2.174	7.722	5.548	123.178	2.744.506	2.874.975	4,5
1985	3.474	6.686	3.212	116.548	2.759.658	2.899.105	4,8
1986	5.697	6.156	459	110.681	2.780.204	2.932.177	5,2
1987	13.994	5.091	-8.903	105.772	2.785.359	2.949.827	5,6
1988	9.438	4.310	-5.128	99.140	2.810.478	2.969.109	5,3
1989	14.287	3.621	-10.666	95.583	2.862.290	3.011.467	5,0
1990	18.388	3.860	-14.528	94.375	2.925.396	3.091.191	5,4
1991	18.924	3.980	-14.944	91.234	2.995.361	3.180.390	5,8
1992	16.086	3.957	-12.129	88.981	3.054.065	3.247.163	5,9
1993	10.098	5.139	-4.959	88.785	3.055.271	3.277.536	6,8
1994	7.750	4.986	-2.764	89.466	3.069.424	3.284.365	6,5
1995	5.719	5.563	-156	92.640	3.069.536	3.285.252	6,6
1996	3.282	7.924	4.642	96.753	3.046.904	3.277.411	7,0
1997	3.791	9.032	5.241	98.350	3.055.305	3.288.653	7,1
1998	2.311	7.323	5.012	96.810	3.075.850	3.313.644	7,2
1999	2.616	4.957	2.341	95.223	3.106.120	3.327.863	6,7
2000	3.098	4.906	1.808	94.577	3.133.173	3.327.487	5,8
2001	3.482	5.483	2.001	94.017	3.148.177	3.352.060	6,1
2002	2.887	6.101	3.214	93.904	3.154.512	3.386.930	6,9
2003	2.823	7.434	4.611	95.747	3.184.117	3.424.196	7,0
2004	2.750	7.334	4.584	97.056	3.197.250	3.441.130	7,1
2005	4.224	7.898	3.674	97.625	3.228.777	3.481.431	7,3
2006	4.648	7.511	2.863	99.608	3.278.444	3.517.618	6,8
2007	4.759	6.923	2.164	100.589	3.340.999	3.563.247	6,2

Tab. 7: Lehrstellenmarkt, demografische Entwicklung und Arbeitsaspekte 1982–2007

(1) Nach Hauptverbandsdaten (2) Als Anteil der Arbeitslosen am Arbeitskräftepotenzial (nationale Definition)

Quelle: AMS; Hauptverband der Sozialversicherungsträger; Statistik Austria; eigene Berechnungen

Die zunehmenden Probleme am Lehrstellenmarkt gehen einher mit relativ bescheidenen Schulentlassjahrgangsstärken, steigendem Anteil an Jugendlichen in schulischer Bildung nach der Pflichtschule (siehe Tabelle 4), steigender Beschäftigung vor allem im Dienstleistungssektor und steigendem Arbeitskräfteangebot sowie für österreichische Verhältnisse relativ hoher Arbeitslosigkeit. Nicht die Arbeitsplätze werden weniger, sondern die Anzahl der Lehrplätze und der Anteil der Lehrstellensuchenden am Schulentlassjahrgang, zugleich ist aber der Anteil der Jugendlichen in schulischer Berufsbildung oder höherer Allgemeinbildung hoch wie nie zuvor.

Anhaltender
Lehrstellenmangel

Strukturwandel der Wirtschaft als eine Ursache

Im politischen Diskurs werden demografische Ursachen und konjunkturelle Faktoren, Vorbildungsdefizite und Rahmenbedingungen (schwierige Lösbarkeit oder Kosten der Ausbildung) als Ursachen der Probleme am Lehrstellenmarkt angeführt, von wissenschaftlicher Seite wurde auch auf *strukturelle* Ursachen des Lehrstellenmangels hingewiesen (vgl. Bock-Schappelwein et al. 2006: 18–19). Das WIFO bringt noch den Hinweis auf die Privatisierungen als Ursachen des Lehrstellenrückgangs ein: „Die Zahl der Lehrstellen sinkt, Lehrwerkstätten bei großen, früher verstaatlichten Firmen wurden geschlossen, moderne Dienstleistungsbetriebe bilden kaum Lehrlinge aus“ (Aiginger et al. 2006: 51–52). Der Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen ist jedenfalls ein wesentlicher Faktor der veränderten Situation am Lehrstellenmarkt. Der Lehrlingsanteil an den Erwerbspersonen in der Sachgütererzeugung, die an Beschäftigung verloren hat, ist zwischen den beiden letzten Volkszählungen von 4,1 auf 3,8% zurückgegangen. Im wachsenden Dienstleistungssektor ist der Lehrlingsanteil von 3,1 auf 2,4% gesunken (Schneeberger 2007: 98–100). Damit kommt zum Effekt des Strukturwandels noch der Effekt der gesunkenen Lehrlingsquote (vermutlich aufgrund des steigenden Alternativangebots aus den vollzeitschulischen Berufsbildungen in Österreich, deren Absolvent/inn/enzahl gewachsen ist; vgl. Tabelle 5).

Da auch die anderen Länder mit dualen Systemen, die auf betrieblichen Lehrverträgen basieren (Schweiz, Deutschland), mit Lehrstellenmangel kämpfen (vgl. zum Beispiel: Wolter: 2007: 82; Baethge 2007: 27), mag ein Ausblick auf dortige Ursachenanalysen des Lehrstellenmangels hilfreich sein.

Der Schweizer Ökonom Wolter geht zwar in seinem Resümee des Forschungsstandes davon aus, „dass der Lehrstellenmangel vor allem ein konjunkturell verursachtes und somit zyklisches Problem darstellt“ (Wolter 2007: 84), im Weiteren macht er aber das staatliche Bildungssystem in zweierlei Hinsicht für das Lehrstellenangebot mitverantwortlich: „Die Qualität der obligatorischen Schulzeit und das vollzeitschulische Angebot auf der Sekundarstufe II sind mitverantwortlich dafür, wie viele gute Schülerinnen und Schüler sich für eine Berufsbildung entscheiden.“ Daher müssen die Übergangsprobleme „benachteiligter Jugendlicher effizienterweise bereits in der Zeit der obligatorischen Schulzeit angegangen werden“ (Wolter 2007: 88).

Die Anmerkungen des deutschen Ökonomen Wößmann „zu den Ursachen des Ausbildungsplatzmangels“ belegen die These der multikausalen Bedingtheit des Problems einmal mehr: Zwar geht der Autor von einer „Verschlechterung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses von Ausbildungsplätzen für die Betriebe“ als Grund des Ausbildungsplatzmangels aus (Wößmann 2004: 21), seine Anmerkungen führen ihn aber dann „zu schwachen wirtschaftlichen Zukunftserwartungen“ und „strukturelle[m] Wandel“, zum Dienstleistungsbereich, zum Sinken des relativen „Berufsausbildungsbedarfs der Betriebe“ durch das Konkurrenzangebot der Fachhochschulabsolventen sowie zum Umstand, „dass viele Unternehmen keine geeigneten Bewerber finden“ (Wößmann 2004: 23). Als Lösung oder Diskussionsbeitrag werden daher nicht nur niedrigere Ausbildungsvergütungen, sondern „bessere Rahmenbedingungen für die Wissensgesellschaft [...] etwa ein allgemeinbildendes Schulsystem, das die in der betrieblichen Praxis benötigten Grundfertigkeiten vermittelt“ vorgeschlagen (Wößmann 2004: 24). Beide Ökonomen landen bei der Erklärung des betrieblichen Ausbildungsplatzmangels schließlich bei der Pflichtschulbildung, deren Verbesserung das Problem angeblich lösen könnte.

Der deutsche Soziologe Baethge sieht die Ausbildungsplatzlücke strukturell bedingt, und zwar im „nicht bewältigten Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft“ im deutschen Berufsbildungssystem (Baethge 2007: 26). Der Soziologe geht über eine zyklische und eng am Arbeitsmarkt orientierte Perspektive der Übergangsprobleme hinaus und verweist auf die „wachsende Wissensintensität in allen Berufsbereichen“ (Baethge 2007: 37). Die „berufliche und soziale Integration der Kinder von sozial schwächeren Gruppen“ in der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft ist heute „nicht allein im Ausbildungssystem zu lösen, sondern erforder[t] vielmehr [...] eine bildungspolitische Perspektive“ (Baethge 2007: 37), wodurch eine „Flexibilisierung der institutionellen Ordnungen“ erforderlich wird.

CH, D: Lehrstellenmangel und Grundbildung

3.5 Umfang und Funktion des „Auffangnetzes“

In Österreich wurde im Herbst 1996 die Problematik der fehlenden Lehrstellen erstmals in der Öffentlichkeit diskutiert. Maßnahmen nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG) wurden ab Herbst 1998 umgesetzt. Kriterium für die Aufnahme in eine Maßnahme war, dass ein/e Jugendliche/r bis Mitte November des Jahres keine Lehrstelle gefunden hatte. Angeboten wurden Lehrgänge und Ausbildungen in Stiftungen. Ausbildungsplätze in Lehrgängen nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG) gibt es seit diesem Zeitpunkt, „Besondere selbstständige Ausbildungseinrichtungen“ (die bis zur Lehrabschlussprüfung führen) nach §30 BAG (BMWA 2006b: 107–109) gab es auch in der Vergangenheit. Die gesetzliche Grundlage des Auffangnetzes wurde mit dem Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG) geschaffen (BGBl. I, Nr. 91/1998), das bis 2008 mehrmals novelliert werden musste.

Das „Auffangnetz“ umfasste im ersten Jahrgang insgesamt rund 4.200 Jugendliche, 2006/07 waren es rund 11.200 Personen. Die Ausbildung in diesem wachsenden Sektor bietet Vorbereitung auf Ausbildung, Ausbildung in Lehrgängen, komplette Ausbildungen und seit 2003/04 auch Integrative Berufsausbildung (IBA). Eine begleitende Bewertung der Maßnahmen des NAP (Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung) wurde in Berichtform erstmalig mit der Studie von *L&R Sozialforschung* im Mai 2004 veröffentlicht (Lechner et al. 2004). Die Studie zeigt, dass in der Regel mehrfache Probleme oder Benachteiligungen bei den Jugendlichen im Auffangnetz vorliegen, so dass berufs- und sozialpädagogischer Förderbedarf gegeben ist: „Neben Lernschwierigkeiten, Motivationsdefiziten und prekären familiären Hintergrund gehören bei einigen Jugendlichen auch Kriminalität, Drogen, Autoaggression und sexueller Missbrauch zum Problemprofil. Daraus ergibt sich ein wichtiger Teil des Anforderungsprofils des Auffangnetzes, der vor allem die Ausbildungsvorbereitung der Jugendlichen im sozialpädagogischen Sinne umfasst“ (Lechner et al. 2004: 155).

Art der Maßnahme, Ausbildungsjahr	Vorbereitung	Lehrgänge	Gesamt
1998/1999 Lehrgänge	-	2.540	-
1998/1999 Stiftungen § 30	-	1.666	-
Ausbildungsjahr 1998/1999	-	4.206	4.206
IBA 2006/07	296	1.204	1.372
§30 2006/07	56	2.157	2.184
JASG 2006/07	5.278	6.082	8.732
Ausbildungsjahr 2006/07	5.532	9.323	11.209

Tab. 8: Lehrlingsausbildung in Ausbildungseinrichtungen (Personen bis unter 25 Jahre); Anzahl der Personen im Programm

Quelle: AMS; L&R Sozialforschung

Die Studie belegt, dass das arbeitsmarktpolitische Ziel der Maßnahmen, also die Überleitung der Jugendlichen in die betriebliche Lehrausbildung, „kurzfristig und auf hohem Niveau“ erreicht wird: „Im Falle der Lehrgänge konnte für das auf das Ende der Maßnahme folgende Halbjahr eine Lehrstellenvermittlungsquote von 68%, im Falle der Stiftungen von 52% berechnet werden. Die längerfristige Betrachtung der Maßnahmeneffekte über verschiedene Verbleibgruppen ergab im Falle der Lehrgangsteilnehmer/innen eine Erfolgsquote von 59%, für Stiftungsteilnehmer/innen von 43,7%.“ (Lechner et al. 2004: 156). Etwa viereinhalb Jahre nach Eintritt in eine der beiden Maßnahmen zeigte sich, dass 51% der Lehrgangsteilnehmer/innen und rund 43% der Stiftungsteilnehmer/innen innerhalb des Beobachtungsmoments eine durchgehende Beschäftigung aufgewiesen haben (Lechner et al. 2004: 156). Die Befragung der Arbeitgeber zeigt, dass die Jugendlichen, die mit erheblichen sozialen Nachteilen in die Maßnahmen eingetreten waren, „diese Nachteile zum Großteil kompensieren und den Startvorteil der übrigen Lehrstellensuchenden ausgleichen“ konnten (Lechner et al. 2004: 156–157).

Soft skills und Arbeitstugenden stärken

Das *Arbeitsmarktservice Wien* hat im Jahr 2005 *KMU Forschung Austria* mit der Evaluierung der Wiener JASG-Lehrgänge im Zeitraum Oktober 2003 bis Februar 2005 betraut. Der Bericht des Forschungsinstitutes analysiert Hinweise auf Hintergründe und Leistungen dieser Lehrgänge (Heckl et al. 2006). In den neun untersuchten Trägereinrichtungen haben rd. 4.400 Lehrlinge ihre Ausbildung begonnen, ein Drittel hat diese im 2. Lehrjahr und 7% im 3. bzw. 4. Lehrjahr fortgesetzt. Zwei Drittel der JASG-Teilnehmer/innen sind männlich. Fast die Hälfte der 4.400 teilnehmenden Jugendlichen in Lehrgängen der neun untersuchten Trägerorganisationen war zu Beginn des Lehrgangs 17 Jahre oder älter. „Etwa zwei Drittel der Wiener JASG-Teilnehmer/innen weisen einen Migrationshintergrund auf. Dies ist auch ein Grund für die sprachlichen Defizite, die viele der Teilnehmer/innen haben, wobei diese sich kaum im mündlichen, aber vermehrt im schriftlichen Ausdrucksvermögen und beim Verständnis der beruflichen Fachsprache manifestieren. Insgesamt haben viele Teilnehmer/innen Schwächen in Hinblick auf schulische Kenntnisse, wie das Leseverständnis oder mathematische Grundrechnungsarten, obwohl ein positives Pflichtschulabschlusszeugnis vorliegt. Da die Jugendlichen oftmals aus einem schwierigen sozialen Umfeld kommen, sind Soft Skills und grundlegende Arbeitstugenden vielfach nicht genügend ausgeprägt“ (Heckl et al. 2006: 1).

Erfolgreiche Vermittlungen und Ausstiege

Trotz bildungsbezogener Schwächen gelingt es, einen erheblichen Teil der Jugendlichen aufgrund der Förderung und Nachschulung in reguläre Ausbildungsverhältnisse zu vermitteln: Die Vermittlungsquote liegt im 1. Lehrjahr bei 27%, im 2. Lehrjahr mit 34% etwas höher, wobei drei Viertel der Vermittlungen insgesamt im 1. Lehrjahr erfolgen. 40% der Jugendlichen bleiben in beiden Lehrjahren im Lehrgang und setzen diesen somit fort. Im 1. Lehrjahr steigen 33% aus dem Lehrgang aus, im 2. Lehrjahr weniger (23%), wobei insbesondere Desinteresse am Beruf, finanzielle Überlegungen, disziplinäre Gründe oder Misserfolg in der Berufsschule von Einfluss sind.

Positive Rückmeldungen seitens der Lehrbetriebe

Die meisten Betriebe übernehmen die Lehrlinge aus JASG-Lehrgängen im ersten oder zweiten Lehrjahr, wobei die überwiegende Mehrheit (81%) über gute Erfahrungen mit ihren Lehrlingen aus JASG-Lehrgängen berichtet: „Als Stärken der Jugendlichen führen die Betriebe insbesondere ihr soziales Verhalten und ihre Arbeitstugenden an, während die schulischen Kenntnisse eher kritisiert werden.“ (Heckl et al. 2006: 3). Die Betriebe sind insgesamt weitgehend zufrieden, eine bessere Vorbereitung wird jedoch bezogen auf „die sprachlichen Fähigkeiten der Jugendlichen sowie deren berufliche und schulische Kenntnisse“ gewünscht. Wenig Verbesserungspotenzial wird im Bereich des sozialen Verhaltens der ehemaligen JASG-Teilnehmer/innen geortet (Heckl et al. 2006: 3).

Kumulative Problemlagen – Lehrgangsdauer wichtiger Faktor

Die Analyse des Arbeitsmarktstatus von rund 3.800 ehemaligen Lehrgangsteilnehmenden zeigt, dass die Maßnahmen in hohem Maß erfolgreich sind. Etwas mehr als die Hälfte der ehemaligen JASG-Teilnehmer/innen befanden sich 12 Monate nach Verlassen der JASG-Lehrgänge in einem Beschäftigtenverhältnis, ein Fünftel war arbeitslos und ein Viertel in einer erwerbsfernen Position. Nach einem Jahr absolvierten rund 35% eine Lehrausbildung in einem Betrieb und nur mehr ein Zehntel befand sich auf einer geförderten Lehrstelle. Der höchste Anteil der ehemaligen JASG-Teilnehmer/innen, die den Status Beschäftigung nach einem halben Jahr aufweist, ist bei jenen zu finden, die den JASG-Lehrgang im 2. Lehrjahr verließen (63%). Dies zeigt, dass eine gewisse Dauer wichtig ist (Heckl et al. 2006: 3). Die oftmals kumulativen Problemlagen der Jugendlichen verlangen nach intensiver und individueller Betreuung. Die Vermittlungsquote sollte nicht als einziger Erfolgsindikator herangezogen werden, auch der Verbleib im Lehrgang, v.a. dort, wo dieser zum Lehrabschluss führt, senkt das Arbeitslosigkeitsrisiko der Teilnehmer/innen bedeutend (Heckl et al. 2006: 4). Die Evaluationsstudien zeigen, dass die Schnittstelle nach Absolvierung der Schulpflicht für viele benachteiligte Jugendliche zu unflexibel ist und Nachholbedarf vorliegt, dessen Bewältigung eine gewisse Zeit sowie sozial-, berufs- und schulpädagogische Hilfestellungen erfordert.

3.6 Auswirkungen der Lehrstellenförderung

1990 gab es in Österreich rund 146.000 Lehrlinge, 1996 nur noch rund 120.000. Ein demografischer Effekt war für diesen Rückgang nicht auszumachen, von Einfluss waren primär die steigende Schulbesuchsquote und der Rückgang des Beschäftigungsanteils der produzierenden Wirtschaft. Die Berufsbildungspolitik hat sich seither um zusätzliche Lehrstellen im Auffangnetz und die Erhaltung der Zukunftsperspektiven des dualen Systems bemüht. Seit 1996 gab es eine breite Palette von Maßnahmen zur Reform der Lehrlingsausbildung. Diese reicht von der Einführung neuer Lehrberufe über Angebote für benachteiligte Jugendliche (zuerst Vorlehre, jetzt Integrative Berufsausbildung) bis zur Lehrstellenförderung nach verschiedenen Kriterien und der Schaffung von Ausbildungsplätzen in selbstständigen Ausbildungseinrichtungen. Aufbau und Förderung von *Ausbildungsverbänden* gehören zu diesen Maßnahmen. Mit dem Prinzip der *Modularisierung* von Lehrberufen sollen branchen- und betriebsspezifische Elemente verstärkt werden, ohne dabei in Richtung zu enger Qualifikationen gehen zu müssen, die am Arbeitsmarkt wenig Mobilität erlauben.

Neuerungen in der
Lehrlingsausbildung

Jahr	Gesamt	§ 8 b Abs. 1 BAG (Verlängerung der Lehrzeit)			§ 8 b Abs. 2 BAG (Teilqualifizierung)		
		§ 8b (1) gesamt	in Unter- nehmen	in Ausbil- dungsein- richtungen	§ 8b (2) gesamt	in Unter- nehmen	in Ausbil- dungsein- richtungen
2005	1.940	1.145	787	358	795	491	304
2006	2.726	1.752	1.276	476	974	526	448
2007	3.410	2.228	1.706	522	1.182	638	544

Tab. 9: Jugendliche in Integrativer Berufsausbildung, 2004– 2007

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; eigene Berechnungen

Als Reaktion darauf, dass die bisherigen Lösungen sich als unzureichend erwiesen, wurde im Juli 2005 ein Programm verstärkter Förderungen betrieblicher Lehrstellen durch das Arbeitsmarktservice ins Leben gerufen, das mit dem Namen des Regierungsbeauftragten für die Lehrlingsausbildung, *Egon Blum*, verbunden ist (Wagner-Pinter 2006: 19). Nach diesem Programm bekamen Lehrbetriebe nicht nur 1.000 Euro Ausbildungsprämie pro Lehrling und Lehrjahr, sondern als „Blum-Bonus“ für jeden zusätzlichen Lehrling 400 Euro pro Monat während des ersten Lehrjahres, 200 Euro während des zweiten Lehrjahres und 100 Euro während des dritten Lehrjahres (BMWA 2006b: 13). Zudem sollten Betriebe durch den Einsatz von *Lehrstellenaquisiteuren* zur vermehrten Aufnahme von Lehrlingen motiviert werden. Für die Jugendlichen mit Einstiegsproblemen wurde zusätzliche pädagogische Betreuung vor allem zu Beginn der Lehrzeit („Lehrlingscoaching“) vorgesehen, um in der Berufsschule zu bestehen oder Probleme im betrieblichen und sozialen Umfeld besser zu bewältigen. Benachteiligte Jugendliche betrifft auch die Einführung der *Integrativen Berufsausbildung*, die als verlängerte Ausbildung oder als Teilqualifizierung einen Zugang zur Ausbildung bietet.

Finanzielle Anreize für
zusätzliche Lehrstellen

Die Integrative Berufsausbildung ist – wie die Lehre – im Berufsausbildungsgesetz geregelt und gilt seit 1. September 2003. Sie löste die Vorlehre ab. Nach den Bestimmungen der *Integrativen Berufsausbildung* können *verlängerbare Lehrverträge* oder eine *Ausbildung in Teilqualifikationen* vereinbart werden. Seitens der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) wurden die Daten erstmals in der Lehrlingsstatistik 2004 ausgewiesen. So wurden für 2004 1.114 Ausbildungsverhältnisse im Rahmen der Integrativen Berufsausbildung registriert, wobei 715 auf verlängerbare Lehrverträge und 399 auf Teilqualifizierungen entfielen. Bis 2007 hat sich die Anzahl der Jugendlichen in Integrativer Berufsausbildung auf 3.410 erhöht. Die Variante mit der Verlängerung der Lehrzeit ist quantitativ bedeutsamer als die Teilqualifizierung.

Integrative
Berufsausbildung wurde
angenommen

Ausbildungsart	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Vorlehre	100	121	21	1	1	1
Integrative Berufsausbildung	0	1	138	305	504	838
Lehrstellenförderung nach Förderkriterium						
Mädchen in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil	501	457	524	502	505	730
Benachteiligte Lehrstellensuchende	3.048	3.303	3.710	3.828	2.947	3.154
Personen über 19 Jahre	361	591	554	565	486	563
Zusätzliche Lehrstelle	0	0	0	6.986	20.737	31.414
Gesamt	3.810	4.351	4.788	11.881	24.675	35.861
Zwischenbetriebliche Zusatzausbildung	99	750	1.057	1.192	1.612	2.309

Tab. 10: Anzahl geförderter Lehrstellen im Zeitvergleich, 2002–2007 Anzahl genehmigter geförderter Personen (kumulativ ab Jahresbeginn gezählt)

Quelle: AMS, Bundesgeschäftsstelle

Jahr	Gewerbe und Handwerk	Industrie	Handel	Bank und Versicherung	Transport und Verkehr	Tourismus u. Freizeitwirtschaft	Information und Consulting	Nicht-kammerbereich*)	Nichtk. §§ 29 und 30**)	Gesamt
1990	76.120	21.815	26.352	687	2.689	13.941	-	3.912		145.516
1996	68.942	13.837	19.006	699	1.770	11.589	-	4.089		119.932
2001	65.734	14.905	19.566	897	2.318	12.974	-	5.773	1.595	123.762
2004	58.494	15.481	18.126	902	2.044	13.748	2.588	6.048	1.640	119.071
2005	59.268	15.355	18.490	942	2.042	14.441	2.545	7.369	1.926	122.378
2006	60.372	15.364	19.005	1.047	2.072	14.756	2.754	7.677	2.914	125.961
2007	61.503	16.098	19.867	1.115	2.283	14.818	2.984	8.163	2.992	129.823

Tab. 11: Entwicklung der Lehrlingszahl nach Sparten

* Nicht der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zugehörige Betriebe (z. B. Rechtsanwälte, Magistrate etc.)

** Anstalten nach dem Jugendgerichtsgesetz, Fürsorgeerziehungsheime sowie selbstständige Ausbildungseinrichtungen

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; eigene Berechnungen

Die Förderungen für zusätzliche Lehrstellen haben zu einem Wachstum von Lehrstellen im Vergleich 2004 zu 2007 geführt. Innerhalb der öffentlichen Diskussion war die Wirksamkeit der Lehrstellenförderaktionen seit 2005 ein relevantes Thema, zum Beispiel wurde der Aspekt der Zusätzlichkeit häufig diskutiert (Wacker 2007). Als Ergebnis dieser Diskussionen wurde von den Sozialpartnern im Papier „Arbeitsmarkt – Zukunft 2010“ ein umfassendes „Jugendausbildungspaket“ geschnürt (Sozialpartner 2007b: 7–9). Viele innovative Elemente (Qualitätssteigerung, Weiterbildungsmaßnahmen für Ausbilder, Zusatzausbildungen für Lehrlinge, Genderaspekte), die den gestiegenen Anforderungen an Ausbildung Rechnung tragen, wurden durch gesetzliche Änderungen Ende Juni 2008 beschlossen ((BGBl. I, 2008: 3–4). Im Hinblick auf Ausbildungsgarantie besonders relevant war dabei: „Soweit berufliche Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche nicht durch Vermittlung auf Lehrstellen oder andere Maßnahmen sichergestellt werden können, hat das Arbeitsmarktservice geeignete Ausbildungseinrichtungen mit der überbetrieblichen Lehrausbildung zu beauftragen.“ (Arbeitsmarktservicegesetz § 38d). Im Insolvenz-Entgeltversicherungsgesetz wurden Mittel „zum Zweck der besonderen Förderung der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher“ bis zum Jahr 2010 gesetzlich fixiert.

Im Berufsausbildungsgesetz (BAG) wurde zudem verpflichtende Forschungsbegleitung in Berichtsform (alle zwei Jahre) zur Jugendbeschäftigung und zu den Auswirkungen von Maßnahmen in der dualen Berufsausbildung beschlossen (BAG § 15b Abs. 1 u. 2), auch die Datenlage sollte sich wesentlich verbessern (BAG § 19 f. u. g.), wodurch Evaluationsforschung optimiert werden kann.

Wichtige gesetzliche Veränderungen zur Lehrlingsausbildung

Meilensteine zu Datenlage und Forschung

4 Internationaler Vergleich

Aus dem europäischen Vergleich der länderspezifischen Anteile frühen Bildungsabbruchs und dessen Korrelation zu Merkmalen der Sekundarstufe II können erste Hinweise in Richtung Integrationssicherung über Bildung und Ausbildung gewonnen werden. Der Anteil beschulter Jugendlicher in beruflicher Bildung in der Oberstufe korreliert am stärksten negativ mit frühem Bildungsabbruch, das heißt, dass berufliche Bildungsangebote auf der oberen Sekundarstufe frühem Abbruch vorbeugen (siehe Tabelle 12). Im Vergleich zum Angebot an beruflicher Bildung insgesamt ist bezüglich der dualen Ausbildung keine geringere negative Korrelation zur Bildungsabbruchsquote festzustellen. Andere Merkmale der Bildungssysteme auf der Sekundarstufe II zeigen keine negative Korrelation zum Abbruch, wirken also nicht als Schutz vor frühem Bildungsabbruch.

Laut OECD nahmen 2005 über 90% der österreichischen Bevölkerung zumindest 13 Jahre an formaler Bildung teil. Dies entsprach exakt dem Ländermittel in Europa und in den OECD-Ländern insgesamt (OECD 2007: 322). Bemerkenswert ist, dass von jenen Ländern, die noch geringere frühe Bildungsabbrecherquoten als Österreich aufweisen, nur die Tschechische Republik mehr formale Bildungsjahre für 90% der Bevölkerung vorsieht. Bei Ländern mit etwas höheren Anteilen an frühen Bildungsabbrecher/innen ist die Schulpflicht häufig länger als in Österreich (positive Korrelation zwischen Schulpflichtdauer und frühem Bildungsabbruch). Dies könnte ein Grund sein, warum das Alter bei Ende der Schulpflicht beziehungsweise die Anzahl der Jahre der Schulpflicht in Österreich nahezu kein Thema der öffentlichen Bildungsdiskussion ist.

Erwartungsgemäß korreliert früher Bildungsabbruch negativ mit dem Bildungsstand der jungen Erwachsenen und positiv mit der Jugendarbeitslosigkeit. Österreich liegt bei den Abschlüssen der Sekundarstufe II (Lehre oder Schule) mit 86% deutlich über dem Ländermittel von 77%. Bessere Werte im europäischen Vergleich erreichen nur Länder mit ehemals bürokratisch-sozialistischem Regime, die berufliche Bildung auf primär schulischer Basis vorsehen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist allerdings dabei zumeist höher als in Österreich. Die Korrelation zum Bildungsabbruch ist deutlich positiv ausgeprägt.

Die international vergleichende Indikatorenforschung zeigt, dass die Quote der „frühen Bildungsabbrecher/innen“ in Österreich – trotz häufiger Wechsel zwischen Schulen oder von einer Schule in eine Lehrlingsausbildung – im Jahr 2006 mit rund 10% deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 15% lag. Klar ist allerdings, dass dieses günstige Ergebnis ohne die Maßnahmen zur Jugendausbildungssicherung nicht erreicht worden wäre. Deutlich besser als Österreich sind nur unsere Nachbarländer Slowenien, Tschechische Republik, Slowakische Republik sowie Polen, deren Werte zwischen 5,2 und 6,4% frühen Bildungsabbrecher/innen liegen (Council of the European Union 2007: 88). In vielen europäischen Ländern gelingt es nur begrenzt, Zuwanderer/Zuwanderinnen mit Inländer/innen vergleichbare Bildung zu vermitteln. In Österreich ist die Differenz bei den Abschlüssen der Sekundarstufe II nach Mikrozensusserhebungen geringer als in vielen anderen Ländern. Von 20- bis 24-jährigen Inländer/innen weisen laut Arbeitserhebung von 2005 88% einen weiterführenden Ausbildungsabschluss auf, bei den Gleichaltrigen ohne österreichische Staatsbürgerschaft waren es 71%. Im EU-Mittel betrug das Verhältnis 79 zu 60%.

Probleme und besondere Maßnahmen im Übergang nach der Pflichtschule sind kein speziell österreichisches Phänomen. Durch das Festhalten an berufsqualifizierenden Ausbildungen mit Start nach der 9. Schulstufe – wofür Effizienz und soziale Gründe sprechen – ergibt sich aber eine spezifische Problemlage an der Schnittstelle nach Absolvierung der neunjährigen Schulpflicht, während andere Länder stärker mit Übergangsproblemen nach der oberen Sekundarstufe konfrontiert sind. Der internationale Vergleich belegt, dass das Angebot beruflicher Bildung auf der oberen Sekundarstufe – sei es schulisch, sei es betrieblich – das Risiko „frühen Bildungsabbruchs“ (in Österreich unter 10%, im EU-Mittel über 15%) reduziert.

A

Erste Hinweise aus dem internationalen Vergleich

Berufliche Bildung auf der Sekundarstufe II reduziert Dropout-Risiko

Dauer der Schulpflicht kaum Thema

Überdurchschnittliche Abschlussquote (Sekundarstufe II) in Österreich

Geringe Dropout-Quote dank vielfältiger Maßnahmen

Europaweite bildungsbezogene Herausforderungen durch Migration

Spezifische Probleme durch differenziertes Bildungssystem

5 Politische Analyse und Entwicklungsoptionen

Lehrstellenmarkt
zunehmend selektiv

Bildungsgarantie als
Vorphase institutionellen
Wandels

Bildungsgarantie beginnt
mit Frühförderung

In der sich entfaltenden Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, die durch globale Wirtschaft und Arbeitsmärkte und Migrationsbewegungen gekennzeichnet ist, wird die allgemeine Einbeziehung der Jugendlichen in Bildung und Ausbildung nach der 9-jährigen Schulpflicht zur Notwendigkeit sozialer und beruflicher Integration. Auf allgemeine Bildungs- und Ausbildungsinclusion ist unser Bildungssystem aber nicht eingerichtet. Wer keine mittlere oder höhere Schule besuchen will oder kann, ist auf den Lehrstellenmarkt verwiesen, der seinerseits zunehmend starke Inputselektivität zeigt. Firmen testen selbst oder erwarten Eignungs- und Neigungsbeurteilung von vorgelagerten Beratungs- oder Vermittlungseinrichtungen. Damit wurde der Übergang nach der Pflichtschule ca. seit Mitte der 90er Jahre zur problematischen Zone. Mit der Propagierung einer „Bildungsgarantie bis 18 Jahre“ ist ein erster Schritt zur Anpassung an die veränderten Bedingungen sozialer und beruflicher Integration gesetzt.

Mit dem Lehrstellenproblem gerieten für die Bildungsgarantie bis 18 Jahre mittelbar relevante Bildungsreformziele, die von der Frühförderung bis zur Reform der Mittelstufe oder der Einführung von Bildungsstandards reichen, zunehmend in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit in Forschung und Politik. Die dabei angesprochenen Bildungsbereiche bilden den Unterbau für die Zielsetzung einer Bildungsgarantie bis 18 Jahre und sind ohne Zweifel wesentlich für die zukünftigen Ausbildungschancen der Jugendlichen. Wir benötigen so früh wie möglich präventive Maßnahmen in der schulischen Erziehung (unter anderem, um Nachteile von Kindern mit Migrationshintergrund auszugleichen), aber ebenso ausreichende Angebote an Ausbildungsmöglichkeiten nach der 9-jährigen Schulpflicht, insbeson-

Land (Auswahl)	Frühe Bildungsabbrecher 2005	Frühe Bildungsabbrecher 2006	Arbeitslosenquote: unter 25-Jährige (Jänner 2008) ***	Anteil in Allgemeinbildung auf der Sekundarstufe II (2005)	Anzahl der Jahre, in denen über 90 Prozent der Bevölkerung an Bildung teilnehmen (2005)
Slowenien	4,3	5,2	7,9	32,6	12
Tschechische Republik	6,4	5,5	8,9	20,5	14
Schweiz	8,1*	8,1*	5,2**	35,3	12
Polen	5,5	5,6	19,2	55,0	13
Slowak. Republik	5,8	6,4	17,9	25,8	12
Finnland	9,3	8,3	16,2	36,1	13
Österreich	9,0	9,6	8,0	21,5	13
Schweden	11,7	12,0	18,3	46,4	14
Vereinigtes Königreich	14,0	13,0	14,1	27,8	13
Frankreich	12,6	13,1	17,4	43,6	15
Deutschland	13,8	13,8	10,2	39,7	12
Italien	21,9	20,8	20,2	38,5	13
Irland	12,3	12,3	9,2	65,7	12
Spanien	30,8	29,9	19,4	57,4	14
Griechenland	13,3	15,9	22,6	64,0	13
Ungarn	12,3	12,4	20,0	75,9	14
EU-Ländermittel	15,6	15,3	14,7	44,1	13
Korrelationen	1,0	0,99	0,42	0,35	0,33

Tab. 12: Bildungs- und Arbeitsmarktintegration der Jugend im Ländervergleich, in %

* Wert für 2004 ** Januar 2006 *** Für einige Länder mussten Werte von Vormonaten verwendet werden

Quelle: Eurostat; OECD; BFS

dere – wie die Evaluationsstudien zu den Auffangmaßnahmen zeigen – auch solche, bei denen soziales Lernen, Nachholen von Pflichtschulkenntnissen und berufliche Qualifizierung verbunden werden.

Als Folge der Ausbildungsgarantie wurden Ende Juni 2008 Maßnahmen der Lehrstellenförderung oder Ausbildung in überbetrieblichen Lehrwerkstätten gesetzlich beschlossen (Basisförderungen und Förderung nach Qualitätskriterien). Der Förderansatz soll bis 2010 gelten. Zugleich wurde verpflichtende und in der Datengrundlage wesentlich verbesserte Begleitforschung zur Jugendbeschäftigung und zur dualen Berufsausbildung fixiert. Der im WIFO-Weißbuch veröffentlichte und an das dänische Modell angelehnte Vorschlag der „Etablierung eines neuen Schultyps mit sehr hohem Praxisanteil“ (Aiginger et al. 2006: 107), in dem die Berufsschule die Basis für die weitere Ausbildung in Lehrbetrieben oder Lehrwerkstätten bildet, hat keinen Niederschlag in der Bildungsgarantie-Diskussion oder in Maßnahmen gefunden. Die Oberstufenschulen wurden seitens der Bildungsministerin unter anderer Perspektive als „zentraler Ansatz der Bildungsgarantie“ Anfang 2008 einbezogen, und zwar als „innere Differenzierung der Oberstufenformen, die zu einer Verringerung der Dropout-Raten führen“ (APA-Meldung vom 24.01.2008). Damit ergeben sich weitreichende Fragen. So zum Beispiel, ob sich die innere Differenzierung in der Beschulung auch in den Lernergebnissen (Zeugnisse, Diplome) niederschlagen soll. Durch Lernergebnisorientierung kann innere Differenzierung mit Leistungsdifferenzierung in der Oberstufe, für die es gute Gründe gibt, erhalten bleiben. So wird in einer aktuellen wissenschaftlich fundierten Mitteilung der Europäischen Kommission die obere Sekundarstufe als die am besten geeignete Zeit („most appropriate time“) zur Differenzierung in der Bildungslaufbahn unter Effizienz- und Chancengleichheitsgesichtspunkten herausgearbeitet (Commission 2006a: 20).

Präventive Maßnahmen alleine reichen aber nicht

A

Innere Differenzierung und Individualisierung

Alter, bis zu dem Schulpflicht besteht (2005)	Anteil kombinierte schulische und betriebliche Ausbildungen (2005)	Anteil in Berufsbildung auf der Sekundarstufe II (2005)	Anteil der 20- bis 24-J. mit Abschluss der Sekundarstufe II (2005), Nicht-Staatsb.	Anteil der 20- bis 24-J. mit Abschluss der Sekundarstufe II (2005), gesamt	Anteil der 20- bis 24-J. mit Abschluss der Sekundarstufe II (2005), Staatsb.
15	3,7	67,4	-	90,6	90,7
15	35,5	79,4	80,6	90,3	90,4
15	58,3	64,7	-	82,9*	-
16	6,5	45,0	100,0	90,0	90,0
16	31,7	74,2	-	91,5	91,5
16	10,5	63,9	55,2	84,6	85,1
15	32,7	72,3	70,8	85,9	88,4
16	0,0	52,7	69,6	87,8	88,6
16	0,0	72,2	77,8	77,1	77,0
16	11,3	56,4	63,7	82,8	83,6
18	45,0	60,3	54,7	72,8	75,2
15	0,0	24,9	-	72,9	-
15	3,8	3,8	88,9	86,1	85,9
16	2,8	42,6	48,4	61,3	62,9
14,5	0,0	36,0	54,2	84,0	86,5
16	13,2	13,2	83,2	83,3	83,4
16	16,3	50,3	60,3	77,3	79,1
0,14	-0,36	-0,42	-0,58	-0,92	-0,92

**Ausreichendes
Ausbildungsangebot als
Schlüssel für soziale und
berufliche Integration**

Eine Bildungsgarantie bis 18 Jahre ist nur möglich, wenn es ausreichende Wahlmöglichkeiten für die Jugendlichen gibt. Ein Verweis all jener, die mit etwa 15 Jahren keine Schule besuchen wollen oder (noch) nicht die Voraussetzungen hierfür haben, auf den Lehrstellenmarkt, ist mit dem Ziel der Bildungsgarantie bis 18 Jahre als Grundlage der sozialen und beruflichen Integration in die Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft nicht kompatibel. Im Prinzip muss es hierfür mehr weiterführende Bildungsangebote in Schulen, in Lehrbetrieben oder in Ausbildungseinrichtungen als Bewerber/innen geben. Nur durch diese Angebotsausweitung ist das für die Jugendlichen extrem belastende, stigmatisierende und der Entwicklung von Selbstwertgefühl und Identifikation mit der gesellschaftlichen Ordnung nicht förderliche öffentliche Hickhack zu überwinden, das im Herbst jedes Jahres stattfindet und das die Streitfrage zum Thema hat, ob nun die Qualifikation der Jugendlichen zu gering sei oder ob die Betriebe zu wenige Lehrstellen bereitstellten. Aussichtsreicher ist es, die Energie der öffentlichen Schuldzuweisung in konstruktive Konzepte zu investieren. Ein zukunftsfähiges Bildungssystem braucht jedenfalls Ausbildungsangebote mit beruflichen und allgemeinbildenden Inhalten auf unterschiedlichen Levels (etwa eines zukünftigen Nationalen Qualifikationsrahmens), deren Ergebnisse aufbaufähig sind und als Plattform für das lebenslange Lernen dienen können. Was heute „Auffangnetz“ heißt, wird langfristig zu einer gleichberechtigten Ausbildungsschiene werden müssen.

Eine zu enge Bindung der Ausbildungschancen an den Lehrstellenmarkt ist bei wachsendem Dienstleistungsanteil in der Beschäftigung (und sinkendem Anteil an Lehrlingen in den Dienstleistungen) und wachsendem schulischen Berufsbildungsangebot nicht mehr zeitgemäß. Auch die Lehrlingsausbildung wird im 21. Jahrhundert nicht nur als Ausbildungs-, sondern auch als Bildungsphase wahrgenommen. „Bildungsgarantie bis 18 Jahre“ bedeutet langfristig institutionellen Ausbau verschiedener Ausbildungsoptionen (duale Ausbildung, Schule, neue Kombinationen usw.) für die Jugendlichen. Dies wird verstärkte Forschungsarbeit respektive eine verbesserte Datenlage erfordern, um Ausbildungseffekte zu evaluieren und Bildungspolitik empirisch fundiert zu gestalten.